

Bern, 13. November 2009

Die Position von transfair zur Revision der Postgesetzgebung



Die Revision der Postgesetzgebung sieht vor, dass die Marktöffnung weiter vorangetrieben, ja gar weiter beschleunigt werden soll. Das Restmonopol der Schweizerischen Post ist bereits auf Briefe bis 50 Gramm gefallen, über die vollständige Marktöffnung soll schon ein Jahr nach Inkrafttreten des neuen Postgesetzes entschieden werden.

Der Personalverband transfair ist grundsätzlich offen für den Wettbewerbsgedanken, der hinter einer Marktöffnung steht. **Eine Liberalisierung macht dann Sinn, wenn dadurch die Qualität der Dienstleistungen gehoben werden kann, wenn dadurch neue, innovative Produkte entstehen.** Kurz: Wenn für die breite Bevölkerung und somit für die Gesellschaft Vorteile geschaffen werden können. Die Erfahrungen in den Nachbarländern wie auch die heutige Situation in der Schweiz lassen allerdings starke Zweifel aufkommen, ob eine Liberalisierung des Postmarktes wie sie heute geplant ist diese Ziele auch erreichen kann.

Gerade in einem Markt wie der Schweiz, in dem bereits heute eine qualitativ gute Versorgung mit postalischen Dienstleistungen gewährleistet ist, muss davon ausgegangen werden, dass ein Markteintritt nur über den Preis zustande kommen kann. Ein Preiskampf, der direkt zu hohem Druck auf die Personalkosten führen wird. Die Folge: **massiv schlechtere Arbeitsbedingungen für die Angestellten.** Dieser Problematik trägt der aktuelle Gesetzesentwurf eindeutig zu wenig Rechnung. Im Gegenteil, mit der geplanten Unterstellung der Anstellungsbedingungen unter das Obligationenrecht und der Abschaffung der Abschlusspflicht für Gesamtarbeitsverträge wird die Situation für die Angestellten drastisch verschlechtert.

Der Blick ins Ausland zeigt eine weitere negative Entwicklung. Die **breite Kundschaft profitiert nicht wie erhofft von tieferen Preisen und besseren Leistungen.** Das Gegenteil ist eingetreten, die Zustellungsfrequenz wurde gesenkt, das Poststellennetz ausgedünnt und die Preise sind gestiegen. Von der Postmarktliberalisierung haben bislang nur die Grosskunden profitiert. Für die Bevölkerung, gerade in Randregionen, bedeutet eine Liberalisierung somit ein schlechterer Service Public zu höheren Preisen.

Aus diesen Gründen steht transfair dem angestrebten Liberalisierungsschritt äusserst skeptisch gegenüber. **Für transfair müssen in einigen zentralen Bereichen der neuen Postgesetzgebung noch wesentliche Verbesserungen erfolgen,** bevor ein weiterer Schritt in Richtung Marktöffnung ins Auge gefasst werden kann. Erst wenn flankierende Massnahmen ergriffen werden, die die negativen Effekte einer Liberalisierung eindämmen kann transfair einer weiteren Öffnung des Postmarktes zustimmen.

Faire Arbeitsbedingungen sicherstellen

Mit dem neuen Postorganisationsgesetz sollen die Anstellungsbedingungen nicht mehr dem **Bundespersonalgesetz** unterstehen, sondern privatrechtlich geregelt werden. Dies bedeutet für die Angestellten eine Schlechterstellung, insbesondere im Bereich des Kündigungsschutzes. Für transfair ist dies so nicht akzeptabel.

Eine Schlechterstellung ist auch im Bereich der Gesamtarbeitsverträge geplant. Während bis anhin die Post zu einem **Vertragsabschluss** mit den Gewerkschaften verpflichtet war, soll nun nur noch die *Verhandlung* – immerhin aber nun für alle Anbieter von Postdienstleistungen – Pflicht sein. Mit einer solchen Regelung wird die Position der Angestellten in so massiver Art und Weise verschlechtert, dass dies für transfair nicht tragbar ist. Die **Vertragspflicht für Gesamtarbeitsverträge** darf auf keinen Fall gelockert werden. Zum Schutz der Angestellten ist im Gegenteil ein **allgemeinverbindlicher Branchen-Gesamtarbeitsvertrag** anzustreben.

Solange der Arbeitsmarkt in der Postbranche nicht durch flankierende Massnahmen geschützt wird, wehrt sich transfair vehement gegen eine Liberalisierung des Postmarktes.

Umfang der Grundversorgung

transfair stellt fest, dass im Postgesetzentwurf der Umfang der Grundversorgung bezüglich Qualität, Finanzierung und Flächendeckung definiert ist. Allerdings **müssen auf Verordnungsebene wesentliche Merkmale konkretisiert werden**. Beispielsweise bezüglich der Leerung von Briefewürfen, des Zeitpunktes der Postzustellung oder der Zugänglichkeit der Poststellen.

Nicht verständlich ist jedoch, dass die Grundversorgung mit Zahlungsverkehrsdienstleistungen – im Unterschied zur postalischen Grundversorgung – nicht mehr entschädigt werden soll. Ohne diese Finanzierung steigt der Spardruck massiv. Dies erhöht nur unnötigerweise den Druck auf das Poststellennetz.

Für transfair ist es – nicht zuletzt zur Stützung des Poststellennetzes – unerlässlich, dass

nicht nur die postalische Grundversorgung sondern auch die Grundversorgung mit Zahlungsverkehrsdienstleistungen entschädigt wird.

Sicherstellung der Finanzierung

Das **vorgeschlagene Modell** zur Finanzierung der Grundversorgung ist aus Sicht von transfair **ungenügend**. Das Finanzierungsmodell sieht vor, dass alle Anbieter einen vom transportierten Briefvolumen abhängigen Betrag in einen Fonds einzahlen. Der Betreiber eines solchen neuen Fonds hätte zwei grosse Nachteile:

1. Es würde einerseits zu einem grossen Aufwand führen, da viele kleine Anbieter nur geringe Briefmengen abwickeln. Schlussendlich stände der Aufwand für die Eintreibung der Gelder in keinem Verhältnis zum Ertrag.
2. Die Post als Marktteilnehmer mit einem Anteil von 90 Prozent würde einen grossen Teil der von ihr sicher gestellten Grundversorgung selber zahlen. Wenn Sie zum Beitritt zu diesem Fonds verpflichtet würde, würde sie das Geld von der einen in die andere Tasche stecken.

Solange die Finanzierung der Grundversorgung noch nicht gesichert ist, hält transfair an der 50-Gramm-Monopolgrenze fest.

Zeitpunkt der Liberalisierung

Der vorgesehene Zeitpunkt für eine volle **Liberalisierung** des Schweizer Postmarktes ist **zu früh**. Es fehlen Erfahrungen mit der Postmarktöffnung. Es besteht kein Grund in voreilender Gehorsamkeit gegenüber der EU die Liberalisierung hektisch voran zu treiben. Es gilt das Augenmass für das Machbare im Sinne gutschweizerischer Konsenslösungen zu behalten.

In diesem Sinn fordert transfair eine **Entschleunigung der Postmarktöffnung**. Einerseits soll die Entwicklung in den schon liberalisierten Märkten des umliegenden Auslandes aufmerksam verfolgt werden. Andererseits sollen die Auswirkungen des neuen Postgesetzes und des Postorganisationsgesetzes beobachtet und analysiert werden. Es gilt zu prüfen, ob die Senkung des Briefmonopols auf

50 Gramm vom 1. Juli dieses Jahres die Qualität der Briefversorgung für Privatkunden nicht senkt.

Solange nicht mehr Erfahrungen mit den letzten Liberalisierungsschritten vorliegen, sieht transfair keinen Grund bereits heute den nächsten Schritt zu forcieren.

Schlechte Erfahrungen im Nachbarsland

Der in Deutschland auf den 1.1.2008 vollständig geöffnete Postmarkt zeigt viele negative Auswirkungen:

Grundversorgung wird ausgehöhlt

- Wegen zu knappen Personalressourcen der Deutschen Post wurde die Post in gewissen Gebieten tagelang nicht zugestellt.
- Qualitätsstandard E+1 kann wegen Zusammenlegung der Verarbeitung in den Briefzentren nicht eingehalten werden.
- Wegen des Kostendrucks werden 2011 **die letzten 400 Postfilialen geschlossen.**

Lohn- und Sozialdumping

- Der festgelegte Mindestlohn für Briefzusteller in Deutschland von 9,80 €/Std. wird ohne Folgen regelmässig unterlaufen.
- Wettbewerber bezahlen Löhne von 7,80 €/Std. bei erheblich höherer Arbeitszeit und weniger Urlaub als der traditionelle Anbieter.

Durch das Lohn- und Sozialdumping der Konkurrenten geraten auch die Anstellungsbedingungen des traditionellen Anbieters massiv unter Druck. Deshalb droht die deutsche Post damit, nächstes Jahr grössere Teile der Zustellung an Wettbewerber mit schlechteren Arbeitsbedingungen zu vergeben.

Die Forderungen von transfair

- Eine Liberalisierung des Postmarktes darf **nicht auf Kosten der Arbeitnehmenden** erfolgen. Für transfair ist eine Schlechterstellung durch die Unterstellung unter das Obligationenrecht nicht annehmbar. Ebenso ist die Aufgabe der Gesamtarbeitsvertrag-Abschlusspflicht nicht akzeptabel. Zum Schutze der Angestellten muss zwingend ein allgemeinverbindlicher Branchen-Gesamtarbeitsvertrag vorgeschrieben werden. Der Branchenstandard soll sich dabei am Standard der Post orientieren.
- Die **Grundversorgung** muss so finanziert werden, dass diese in **gleichbleibend hoher Qualität sowie flächendeckend** und unter Einhaltung von **fairen Arbeitsbedingungen** erbracht werden kann. Dies ist mit der vorgeschlagenen Fondslösung nicht der Fall. Die Post als Erbringerin dieser Grundversorgung darf nicht auch gleichzeitig das Gros der Kosten zu tragen haben.
- Es besteht **kein Grund für überhastete Liberalisierungsschritte**. Bevor auch die letzten Hürden fallen sollen zuerst weitere Erfahrungen gesammelt werden und flankierende Massnahmen sowohl zum Schutz der Anstellten im Postmarkt wie auch der Randregionen und Privatkunden getroffen werden. Dies braucht seine Zeit, über eine vollständige Marktöffnung kann deshalb frühestens in drei bis vier Jahren nach Einführung des neuen Postgesetzes entschieden werden und nur wenn die genannten Forderungen erfüllt werden.

Kurzprofil von transfair

- transfair ist der branchenübergreifende Personalverband für den Service Public
- Wir vertreten die Arbeitnehmenden aus den **vier Branchen**
 - öffentlicher Verkehr
 - öffentliche Verwaltung
 - Post/Logistik (grösste Branche)
 - Communication
- Standorte: **Zentrale Bern**, Regionalsekretariate in **Lausanne, Bern, Zürich** und **Lugano** sowie mobile Standorte in den mitgliederstarken Regionen.
- **24 Mitarbeitende** setzen sich in der ganzen Schweiz für **14'000 Mitglieder** ein.
- transfair sucht im Gespräch mit den Sozialpartnern **faire** und **nachhaltige Lösungen**.
- Wir verhandeln hart und fair: Wir pflegen einen offenen Umgangston mit unseren Verhandlungspartnern, setzen uns aber in der Sache konsequent für die Interessen unserer Mitglieder ein.

Gerne beantwortet Branchenleiter Peter Heiri Fragen per E-Mail: peter.heiri@transfair.ch, oder Tel. 031 370 21 21